



Sozialdemokratische Partei der Schweiz / Parti Socialiste Suisse  
Zentralsekretariat / Secrétariat central  
Spitalgasse 34, 3011 Bern  
Postfach / Case postale, 3001 Bern  
Tel. 031 329 69 69 / [www.spschweiz.ch](http://www.spschweiz.ch) / [www.pssuisse.ch](http://www.pssuisse.ch)

Bern, 28. Mai 2013

Bundesamt für Gesundheit  
Direktionsbereich Kranken- und Unfallversicherung  
Abteilung Versicherungsaufsicht  
3003 Bern

## **Indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“ Vernehmlassungsantwort der SP Schweiz**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung und nehmen zum vorliegenden Bericht gerne Stellung.

### **Vorbemerkungen**

Die SP Schweiz unterstützt die Volksinitiative für eine öffentliche Krankenkasse und bedauert die ablehnende Empfehlung des Bundesrats. Die Überführung der 61 bestehenden Krankenkassen in eine öffentlich-rechtliche Unternehmung ist der einzige Weg, um der schädlichen Risikoselektion ein Ende zu bereiten. Die Risikoselektion ist eine Auswirkung des Kassenwettbewerbs und behindert insbesondere die Förderung und Weiterentwicklung strukturierter Behandlungsprogramme für chronisch kranke Patientinnen und Patienten.

Der Gegenentwurf des Bundesrates zur Initiative für eine öffentliche Krankenkasse will einzelne Verbesserungen einführen, um die negativen Folgen des Wettbewerbs zwischen den Krankenkassen abzumildern. Die SP Schweiz unterstützt sowohl die Verfeinerung des Risikoausgleichs wie auch die Einführung einer Rückversicherung bzw. eines Hochkostenpools. Beide Massnahmen zusammen führen dazu, dass die schädliche Risikoselektion weniger attraktiv wird. Die dritte im Gegenentwurf vorgeschlagene Massnahme, die Trennung von Grund- und Zusatzversicherungen, leistet einen Beitrag zu mehr Transparenz und zum Schutz von sensiblen Patientendaten, sofern sie in der Praxis umsetzbar ist.

**Der vorliegende Entwurf des Bundesrats ist ein Schritt in die richtige Richtung.** Er löst aber nur einen Teil der Probleme, die durch den fehlgeleiteten Wettbewerb zwischen den Krankenkassen verursacht werden. Der Kassenwettbewerb als solcher hat sich als untauglich erwiesen und sollte ausgeschaltet

werden. Wettbewerb in dieser Form generiert weder Effizienzgewinne noch attraktivere Versicherungsmodelle. Vielmehr stecken die Krankenversicherer unnötigerweise Ressourcen in Marketing, hochbezahlte Manager und Streitigkeiten untereinander.

Die Initiative für eine öffentliche Krankenkasse betrachten wir als die bessere Lösung. Sie bringt, entgegen der im Entwurf gemachten Aussage (S. 19 unten), neue Anreize zu kostensparendem Verhalten der Beteiligten.

## **Zu den Vorschlägen im Einzelnen**

Gerne nehmen wir im Folgenden zu den drei Elementen Verfeinerung des Risikoausgleichs, Rückversicherung und Trennung zwischen Grund- und Zusatzversicherung Stellung:

### *Verfeinerung des Risikoausgleichs*

Der Bundesrat will den bestehenden Risikoausgleich um weitere Indikatoren erweitern, welche die Morbidität der Versicherten abbilden. Die SP Schweiz verlangt eine solche Verfeinerung, die zum Beispiel bestimmte Medikamente mit einbezieht, seit langem und im Parlament wurden entsprechende Initiativen eingereicht. **Wir begrüßen die Pläne des Bundesrats und gehen zugleich davon aus, dass die erweiterte Risikoausgleichsformel im Parlament mehrheitsfähig ist und innerhalb nützlicher Frist beschlossen und eingeführt wird.**

Auch mit einer verfeinerten Risikoausgleichsformel bleibt ein Anreiz zur Risikoselektion bestehen. Dies umso mehr, als es Patientengruppen gibt, zum Beispiel solche mit seltenen Erkrankungen, die ausserordentlich hohe Kosten verursachen und mittels eines Risikoausgleichs nicht erfasst werden können.

### *Rückversicherung*

Bei der vorgeschlagenen Rückversicherung handelt es sich im Prinzip um einen Hochkostenpool, wie er schon seit längerem diskutiert wird. In Kombination mit einem guten Risikoausgleich verstärkt der Hochkostenpool die Solidarität mit schwerkranken Menschen. **Wir unterstützen eine Rückversicherung ab dem tieferen Schwellenwerte von 16'296 Franken**, die für 18% der heute von den Krankenkassen getragenen Kosten aufkommt. Je höher der Schwellenwert gewählt wird, desto grösser bleibt der Anreiz zur Risikoselektion unterhalb dieser Grenze.

Es fragt sich zudem, ob ein Selbstbehalt von 20% ausreichend ist, um den Anreiz der Krankenkassen zum Kostenmanagement bei den teuersten Patientinnen und Patienten aufrecht zu erhalten. Aus den Unterlagen geht nicht hervor, auf welchen Annahmen die gewählte Höhe des Selbsthalts beruht.

Wir würden es begrüßen, wenn die Rückversicherung nicht wie vom Bundesrat vorgeschlagen über einen fixen Prämienanteil pro Versicherte, sondern ganz oder teilweise über Beiträge von Bund und Kantonen finanziert würde. Die stark regressive Finanzierung der sozialen Krankenversicherung könnte so gemildert werden.

### *Trennung von Grund- und Zusatzversicherung*

Die Trennung von Grund- und Zusatzversicherung betrachten wir als eine sinnvolle Massnahme, um den Missbrauch von Patientendaten für die Risikoselektion zu verhindern und Querfinanzierungen z.B. von Provisionen bei der Kundenakquisition zu unterbinden. Diese Trennung durchzusetzen ist jedoch in der Realität schwierig, solange Grund- und Zusatzversicherung im gleichen Konzern durchgeführt werden dürfen. Wie genau die erwähnten „Informationsbarrieren“ aussehen würden, bleibt aufgrund

der Unterlagen unklar. Eine echte Trennung von Grund- und Zusatzversicherung ist nur möglich, wenn die Grundversicherung durch eigene Trägerorganisationen – oder eben durch eine öffentliche Krankenkasse – abgewickelt wird.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Mit freundlichen Grüßen  
SP Schweiz

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Levrat', with a long, sweeping horizontal stroke at the end.

Christian Levrat  
Präsident SP Schweiz

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Wasserfallen', with a long, sweeping horizontal stroke at the end.

Flavia Wasserfallen  
Co-Generalsekretärin SP Schweiz